

AUS DEM KANTONS RAT

112. Sitzung des Kantonsrates – Bilanz: 10 Geschäfte erledigt

Schon fast beflügelt von den ratsfreien Ostertagen wurden unter der Führung unseres SVP-Kantonsratspräsidenten Roman Schmid zehn Geschäfte erledigt. Es war die drittletzte Ratssitzung unter der Leitung des SVP-Kantonsratspräsidenten, nach einem ausserordentlichen Präsidialjahr.



Daniela Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Eine neue Wahl eines Mitgliedes für das Handelsgericht und die zweite Lesung über die Vereinbarung zwischen Kanton und der Stadt Zürich betreffend Errichtung und Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (FOR) wurden diskussionslos genehmigt. Beim Strassengesetz hat der Kantonsrat auch in zweiter Lesung eine bundesrechtswidrige Bestimmung entfernt und ebenso zu null Stimmen genehmigt.

Ein Postulat von GLP, FDP und Die Mitte zur Anwohner- und landschaftsverträglichen Linienführung der SBB-Linie zum Brüttenertunnel im Glattal wurde abgeschrieben. Das dringliche Postulat wurde in der KEVU (Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt) zweimal beraten. Die Forderungen vom Postulat wurden bereits erfüllt und in

einem Bericht dargelegt. SVP-Kantonsrat und SVP-KEVU-Leader Christian Lucek sagte: «Es zeigt klar auf, dass jeder neue Infrastrukturausbau, auch bei einer S-Bahn, im heutigen Umfeld immer schwieriger und immer teurer zu realisieren wird. Auch bei Strassenprojekten bestehen enorme Herausforderungen, um die Interessenkonflikte in Einklang zu bringen.

Das zeigt uns, dass der Dialog der Planungsträger bei solchen Vorhaben sehr früh realisiert werden muss und man aufmerksam zuhören muss, wenn man solche Projekte realisieren will.»

Auch die zwei WAK-Geschäfte (Kommission für Wirtschaft und Abgaben) – siehe Kommentar von SVP-Kantonsrat Marcel Sutter – zum Thema Start-ups und die weitere Corona-Unterstützung für Zürich Tourismus waren unbestritten.

Spannend dank SVP-Postulat

Dank eines SVP-Postulates wurde die Ratssitzung dann doch noch lebendig. Mit dem Vorstoss von SVP-Kantonsrat

Lorenz Habicher wäre verlangt worden, dass die Grossbaustelle für die Limmatbahn mit der Baustelle für den Wärmeverbund koordiniert werden soll. Auslöser des Postulates war ein Gespräch mit der Projektleitung des EWZ zum Wärmeverbund.

Es ging darum, dass Tiefbauarbeiten sich nicht unnötig hinziehen. Synergien hätten genutzt werden können und die ganze Verkehrs- und Parkplatzsituation und somit die Betroffenen nicht noch länger als nötig belastet hätten werden müssen. SVP-Kantonsrat Valentin Landmann sagt dazu: «Niemand bestreitet, dass bereits manche Akteure miteinander sprechen. Eine Gutheissung des Postulates heisst aber, dass der Kantonsrat diese Koordination und auch die Anliegen der Anwohner, des Gewerbes, des Verkehrs berücksichtigt und als eine Notwendigkeit honoriert». Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen, wobei der Kantonsrat dem Regierungsrat mit 123 zu 44 Stimmen – also SVP gegen den Rest – gefolgt ist.



Das ausserordentliche Amtsjahr des SVP-Kantonsratspräsidenten geht bald zu Ende.



Kantonsrat Christian Lucek bei seinem Votum zur SBB-Linienführung zum Brüttenertunnel im Glattal.

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Unser Auftrag ist der wirksame Kampf gegen Umverteilung und Bevormundung

Der selbstverantwortliche, mündige und freie Bürger ist die Grundvoraussetzung für die Schweiz, wie wir sie kennen, und somit für unseren Wohlstand. Doch das alles steht momentan auf dem Spiel.

Was ist das Fundament unseres Staates? Was sind die Grundlagen unseres Wohlstands? Diese Fragen werden viel und gerne in Wahlkampfreden und 1.-August-Ansprachen thematisiert und die Antworten liegen auf der Hand. Ja, natürlich ist es unsere direkte Demokratie, unsere Unabhängigkeit, der Föderalismus, die bewaffnete Neutralität, die Familie, die freie Marktwirtschaft, unser duales Bildungssystem und ja, auch unsere Sozialwerke.

Der Zweck, der Kern, gar die eigentliche Existenzberechtigung der SVP ist der Schutz, die Verteidigung, der Erhalt und die Weiterentwicklung dieser fundamentalen Grundlagen der Schweiz. Um das Ausmass der Gefahr zu verstehen, die von der aktuellen Links-Grünen Politik ausgeht, müssen wir noch etwas weiter in die Tiefe gehen. Denn auch Demokratie, Unabhängigkeit, Marktwirtschaft usw. funktionieren nur unter einer bestimmten Grundvoraussetzung: Selbstverantwortung des freien und mündigen Bürgers. Was wir im Moment erleben, ist nichts weniger als ein Grossangriff

auf diese Grundvoraussetzung unseres Erfolgsmodells. Die Waffen, durch die der Wohlstand der Schweiz zum Einsturz gebracht werden soll, heissen Bevormundung und Umverteilung.

Was vor wenigen Monaten noch böse Vermutungen waren, hat Links-Grün nun bestätigt. Nach der Klimahysterie mit dem Slogan «System change not climate change» soll nun die Coronakrise dazu dienen, ihrer kollektivistischen Ideologie und damit einem Systemwandel zum Durchbruch zu verhelfen.

Kein Wunder haben es diese Parteien überhaupt nicht eilig, zur Normalität zurückzukehren. So fordert beispielsweise die SP, dass zu den bisherigen Kosten der Krise zusätzliche 60 Milliarden Franken verteilt werden sollen, was in einem normalen Jahr fast dem gesamten Bundeshaushalt der Schweiz entspricht, natürlich bräuchte es dafür zusätzliche Verschuldung und zusätzliche Steuern. Für den Präsidenten der Grünen wiederum habe die Coronakrise gezeigt, dass Konsumverzicht und persönliche Einschränkungen wie in ihrem Klimaplan vorgesehen möglich seien. Auch abgesehen von Corona hinterlässt die Bevormundungs- und Umverteilungspolitik ihre Spur. So steht der kommende Abstimmungssonntag vom 13. Juni ganz in diesem Zeichen. Die beiden Agrarinitiativen

wollen die einheimische Produktion massiv einschränken, zum Teil sogar verunmöglichen, den Preis von Schweizer Lebensmitteln in die Höhe treiben und die Konsumenten zwingen, ausschliesslich Bioprodukte zu kaufen. Das CO₂-Gesetz will Benzin und Diesel um 12 Rappen pro Liter verteuern, die Abgabe auf Heizöl und Gas mehr als verdoppeln und Öl- und Gasheizungen praktisch verbieten sowie eine neue Steuer von bis zu 120 Franken auf Flugtickets einführen. Die kantonale Initiative «Raus aus der Prämienfalle» fordert eine Erhöhung des Kantonsanteils an der Verbilligung der Krankenkassen und schliesslich fordert eine weitere kantonale Initiative eine jährliche Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen von bis zu 1500 Franken pro Kind, finanziert durch höhere Lohnbeiträge. Keine dieser Initiativen löst ein Problem, doch sie alle führen zu mehr Bevormundung und mehr Umverteilung. Mehr denn je braucht es jetzt die SVP, die Gegensteuer gibt.



von
Benjamin Fischer

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Die Pandemie schädigt auch den Zürich-Tourismus massiv!



Marcel Suter
Kantonsrat SVP
Thalwil

Zuerst erlaube ich mir, den Verein Zürich Tourismus dafür zu loben, dass dieser jahrelang praktisch ohne staatliche Hilfen sein Einkommen gefunden und sich fast vollständig selbst finanziert hat. Was im Vergleich mit ähnlichen Organisationen nicht selbstverständlich ist. Mittlerweile haben wir jedoch die Situation, dass der Staatsbeitrag wegen COVID-19 nochmals angepasst werden musste. Die schlechtesten Szenarien sind leider sogar übertrifft worden, auch Zürich Tourismus wurde ausserordentlich stark von der Pandemie getroffen. Daher stimme die SVP dem erhöhten Staatsbeitrag zu. Wir hoffen sehr, dass sich auch der Tourismus im Kanton Zürich baldmöglichst erholt und Zürich Tourismus so schnell wie möglich wieder selbsttragend wird! Unter anderem eine baldige Öffnung der Restaurants würde dies sicher beschleunigen. Ganz bedenklich ist die Tatsache, dass SP, Grüne und auch die GLP diese ausserordentliche Unterstützung dazu benutzen, ihre Ideologien betreffend Tourismus im Kanton Zürich durchzusetzen. Sie fordern mittels eines Vorstosses, dass nur noch Touristen aus dem möglichst nahen Ausland nach Zürich reisen dürfen und dies mit dem Zug. Beispielsweise amerikanische Touristen sind ab sofort aus ökologischen Gründen «verpönt». Das bedeutet auch langfristig nichts Gutes für den Flughafen Kloten! Auch der Tourismus wird sich nicht schneller erholen, wenn diese Parteien beeinflussen wollen, welche Touristen zu uns kommen dürfen.

Drehen wir die Meinungen der links-grünen Parteien kurz um. Diese wollen auch nicht, dass wir umgekehrt in die Ferien fliegen und schon gar nicht nach ausserhalb von Europa! Die Abstimmung über das CO₂-Gesetz ist erst der Anfang und das Motto «wehret den Anfängen» passt hier ausgezeichnet. Wir wollen sicher nicht, dass die sogenannte Ökoallianz (anderes Wort für Ökosozialismus)



Links-Grün möchte verhindern, dass Herr und Frau Schweizer in die Ferien fliegen. Bild unsplash

uns allen im Kanton Zürich die Reise- und Bewegungsfreiheiten wegnimmt! Wir werden dagegenhalten und mittels diverser eingereicherter Vorstösse versuchen, im Namen der SVP die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und den Tourismus im Kanton Zürich langfristig zu verbessern.

Ebenfalls besprochen wurde ein von der Wirtschaftskommission beantragter Ergänzungsbericht zum Thema Start-ups im Kanton Zürich. Dieser macht Sinn, da in diesem Bereich die Hauptkonkurrenz nicht im Inland, sondern im Ausland zu finden ist. Dieser Aspekt sollte noch besser abgedeckt werden. Es wäre wünschenswert, dass bald noch mehr Start-ups im Kanton Zürich gegründet würden. Die Start-ups werden von einigen Parteien (GLP, FDP) im Kantonsrat speziell «hohliert», erkennbar an der Anzahl von Vorstössen, die in den letzten Jahren zahlreicher waren als für das vorhandene Gewerbe. Dies ist nicht gerechtfertigt. Es geht nicht um das Ausspielen zwischen dem bestehenden Gewerbe und neuen Start-ups, sondern um ein ganz klares Miteinander: Jedes Start-up, das gegründet wird, schafft Arbeitsplätze und generiert zusätzlichen Umsatz für Gewerbe aller Art und ist deswegen positiv für die Gesamtwirtschaft und den Kanton Zürich.

SVP BEZIRK USTER

Gelungene Osteraktion

Die Parteileitung der SVP Bezirk Uster verteilte vor Ostern in allen Gemeinden des Bezirks kleine Osterhasen aus Schokolade und konnte mit dieser sympathischen Aktion zahlreichen Passanten eine Freude in den sonst eher eintönigen Zeiten von Corona bereiten.

svp. In den drei Tagen vor dem diesjährigen Karfreitag machte sich die Parteileitung der SVP Bezirk Uster, bestehend aus Alexandra Pfister (Uster), Pascal Bertschinger (Volterswil), Rafael Wohlgenuth (Maur) und Tobias Infortuna (Egg) auf den Weg, um kleine Schoggihasen zu verschicken. Der Plan war, in allen zehn Gemeinden des Bezirks eine Stunde lang die süssen Ostergeschenke zu verteilen. Dieses Vorhaben konnte glücklicherweise bei schönem Wetter umgesetzt werden.

Geschenk ohne Wahlkampf

Natürlich waren je nach Grösse der Gemeinde mehr oder weniger Passanten anzutreffen, aber die Reaktionen waren überall zum allergrössten Teil sehr positiv.

Zwar gab es wie gewohnt den einen oder anderen unpassenden Spruch, doch der überwiegende Teil der Leute freute sich und staunte häufig auch, dass ein Geschenk verteilt wurde, obwohl derzeit gar keine Wahlen stattfinden.

Helfende Ortssektionen

Zu den vier fleissigen Mitgliedern der Parteileitung gesellten sich in ein paar Gemeinden auch noch Vertreter der

Ortssektionen helfend hinzu. Der Anlass war somit ein schöner Erfolg und hielt sich auch mit den Kosten in einem vertretbaren Rahmen, sodass eine solche Sympathieaktion ausserhalb des zeitintensiven Wahlkampfes auch für andere Bezirke voll und ganz empfohlen werden kann.

